

„Kirche in der Arbeitswelt und Stimme der Arbeitnehmer/innen in der Kirche“

Aktion Sozialwort
Mensch in der Mitte Nachhaltigkeit
Frauen Personalität
Solidarität
Gemeinwohl Europa
KAB

ZeitZeichen

Magazin für Kirche und Arbeitswelt

International Gesellschaftspolitik Option für die Armen
 „Die ersten und unmittelbaren Apostel der Arbeiter müssen die Arbeiterinnen und Arbeiter selbst sein“ (Joseph Cardijn)
Kirche BILDUNG
 Sonntag Gute Arbeit

Juli
 Nr. 3/2016



Politik gegen die Angst.
 Bundesminister Alois Stöger im Interview mit „ZeitZeichen“ S. 2 – 4



Arbeit für Flüchtlinge
 Überlegungen zu einer möglichen Positionierung der KABÖ S. 6 – 7



Soziale Frage bleibt virulent.
 Festveranstaltung thematisierte 125 Jahre Soziallehre. S. 10 – 14

Brücken bauen

Das Gebot der Stunde

Harald Schottner pixelio.de

Foto: www.pixelio.de

Politik gegen die Angst

Bundesminister Alois Stöger im Interview mit „ZeitZeichen“

Vom Facharbeiter bei der Voest Alpine zum Bundesminister für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz: der Weg des Alois Stöger hat über viele Stationen geführt. Er war: Vorsitzender der Österreichischen Gewerkschaftsjugend, Sekretär der Gewerkschaft Metall-Bergbau-Energie im Bezirk Gmunden, Bezirkssekretär der Gewerkschaft Metall-Textil in Linz, Obmann der Oberösterreichischen Gebietskrankenkasse, Gemeinderat in Gallneukirchen, Kammerrat der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Oberösterreich, schließlich Bundesminister für Gesundheit, Familie und Jugend, Bundesminister für Gesundheit, Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie. In seiner derzeitigen Funktion als Bundesminister für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz hat er auch den Wechsel von Bundeskanzler Werner Faymann zu Bundeskanzler Christian Kern „überlebt“. Ein Streifzug mit Alois Stöger durch Themen aus Arbeitswelt und Gesellschaft.



Foto: Weibold

■ Sie haben vor Wochen, kurz vor dem Rücktritt von Bundeskanzler Werner Faymann, aufhorchen lassen mit der Forderung nach Arbeitszeitverkürzung, genauer der Einführung einer 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich. Was ist daraus geworden?

■ In Österreich haben wir derzeit die höchste Zahl an Arbeitsplätzen, die es je gab in der Geschichte des Landes, und trotzdem steigt die Arbeitslosigkeit. Manche haben so viel Arbeit, dass sie keine Luft mehr bekommen, andere leiden darunter, arbeitslos zu sein. Das ist eine Verteilungsfrage. Die Arbeitszeitverkürzung ist ein Instrument, wie man die vorhandene Arbeit auf alle aufteilen kann.

■ Wäre für Sie im Rahmen solcher Verteilungsdebatten auch das bedingungslose Grundeinkommen als ergänzende Maßnahme ein Thema?

■ Ganz klar: nein. Grundeinkommen ist eine Maßnahme, die nicht funktionieren kann. Ich beschäftige mich seit dreißig Jahren mit dieser Frage, und immer geht es darum: welche politische Kraft führt ein Grundeinkommen in welcher Höhe ein? Ich sehe die Gefahr, dass ein Grundeinkommen zu einem Almosen für die Schwächsten in der Gesellschaft werden könnte. Die ganz spannende Frage ist: wie werden Verteilungskämpfe innerhalb ei-

ner Gesellschaft ausgetragen? Diese Frage kann man mit einem Grundeinkommen nicht beantworten.

■ Einige Ansätze zu einer gerechten Verteilung von Erwerbsarbeit sind verbunden mit dem Ziel, Erwerbsarbeit und soziale Sicherung zu entkoppeln. Das steht auch im Hintergrund des KAB-Modells von der Tätigkeitsgesellschaft.

■ Wir haben einerseits kollektive Produktionsverhältnisse, Arbeitsteiligkeit, andererseits eine Individualisierung von Einkommen. Dieses Verhältnis müsste man ganz grundsätzlich angehen. Man muss die Verteilung der Einkommen und Vermögen in unserer Gesellschaft in Frage stellen. Das passiert mit dem Grundeinkommen leider gar nicht.

■ Bundeskanzler Kern hat kürzlich zum Thema „Zugang von AsylwerberInnen zum Arbeitsmarkt“ das deutsche Modell als „interessant“ bezeichnet, das einen Arbeitsmarktzugang von AsylwerberInnen bereits drei Monate nach Stellung des Asylantrags vorsieht. Wie stehen Sie dazu?

■ Dass die Menschen, die zu uns kommen, Deutsch lernen, ist für mich der erste und wichtigste Punkt. Das soll am ersten Tag beginnen, wenn sie zu uns kommen. Der zweite Schritt und eine wichtige Integrationsmaße ist der Zugang zu Arbeit.

Das wird real dann funktionieren, wenn man Sprachkenntnisse bereits erworben hat. Die Zeitfrage ist da nicht so wichtig.

■ Sie würden sich also nicht auf einen Zeitpunkt festlegen wollen? Aus der Integrationsforschung kommt das Argument, dass im Arbeitsprozess der Spracherwerb mitvollzogen wird. Das muss aus dieser Sicht kein Nacheinander sein...

■ ... da muss man ein bisschen vorsichtig sein und fragen: wer hat die Integrationsleistung hinsichtlich der Sprache zu erbringen? Es kann nicht sein, dass wir an den Arbeitsplätzen diese Integrationsleistung erbringen. Es braucht vorab die Chance, erste Grundlagen der Sprache erwerben zu können. Und ob das jetzt drei, sechs oder neun Monate sind, ist nicht so entscheidend. Sprachkenntnisse erleichtern den Zugang zum Arbeitsmarkt, und es sollen ja auch Arbeitsmarktpositionen erreicht werden, von denen man leben kann.

■ Nun ein Sprung nach Frankreich, zu den Protesten gegen das geplante neue Arbeitsmarktgesetz. Da geht es u.a. um den Kampf gegen Prekarisierung und Atypisierung, Themen, die auch in Österreich da sind, siehe etwa die diversen Plattformen bei der Gewerkschaft der Privatgestellten djp, wo sich Menschen aus unterschiedlichen Branchen sammeln. Ist

das, was sich in Frankreich abspielt, auch ein Warnsignal an uns?

■ Die Frage Prekarisierung ist immer ein Warnsignal, aber Frankreich ist etwas anderes. Generell: die Prekarisierung von Arbeit ist ein Riesensproblem, besonders bei jungen Menschen, die keine Perspektive haben, keine planbare Arbeitssituation vorfinden, gerade in einer Phase, in der sie Wohnung suchen wollen. Da ist der Arbeitsmarkt sehr unsicher, sie haben Teilzeitarbeitsverhältnisse, prekäre Arbeitsverhältnisse - also da ist sicher großer Handlungsbedarf, ist die Frage dringend: wie wollen wir sichern, dass unsere Jungen auch Zugang zur Arbeit haben. Frankreich ist was anderes. Soweit ich informiert bin, gilt in Frankreich ein Arbeits- und Kündigungsrecht, das diejenigen, die in Arbeit stehen, quasi immunisiert gegen Kündigung und damit anderen verwehrt, in Arbeitsverhältnisse hineinzukommen. Ich halte es für durchaus legitim, darüber nachzudenken, wie Bewegung in diese Verhältnisse kommen kann.

Wer sich mit den Grundlagen neoliberaler Politik einmal beschäftigt hat, wird drauf kommen, dass das, was diese Politik will, das Ende einer solidarischen Gesellschaft ist. Und das Ende einer solidarischen Gesellschaft führt zu Verunsicherung, führt zu Angst. Und Angst führt zu reaktionären Handlungen.

■ Zur Mindestsicherung: Oberösterreich ist da seinen eigenen Weg gegangen, am 16. Juni soll der Landtag die geplante Kürzung der Mindestsicherung für AsylwerberInnen und subsidiär Schutzberechtigte endgültig absegnen. Wie bewerten Sie dieses Vorgehen?

■ Erstens: Mindestsicherung ist Mindestsicherung. Die Frage der Mindestsicherung stellt sich unabhängig davon, wo jemand geboren ist, sie ist allein abhängig von der Frage: Was brauchen Menschen, die in Österreich leben? Zweitens: die bedarfsorientierte Mindestsicherung hat eine wichtige Funktion – sie hat zur Besserung der sozialen Lage in Österreich beigetragen. Wir haben uns im Jahr 2008 das Ziel gesetzt, in Europa die Armut zu verringern, konkret um 20 Millionen Betroffene europaweit. Österreich hat sein Ziel u.a. durch die Einführung der bedarfsorientierten Mindestsicherung erreicht: Wir haben die Zahl der Armutsbetroffenen um den entsprechenden Anteil reduzieren können. Die Politik der Europäischen Union hat genau das Gegenteil bewirkt, es ist ein gegenläufiger Trend eingetreten. Jetzt gibt es eine symbolische Diskussion in Oberösterreich, eine Politik von Schwarz-Blau – und ich sag das ganz bewusst „Schwarz-Blau“, das muss man so benennen, es geht da um Pühringer, Haimbuchner und ihre Schergen – eine Politik, die



Liebe Leserin, lieber Leser,

„Brücken bauen“: Der Titel dieses Heftes ist „Gebot der Stunde“ in vielerlei Hinsicht. Philipp Kuhlmann ruft es in Erinnerung, was aktuelle Debatten in der Katholischen ArbeitnehmerInnenbewegung angeht (S. 5), Fritz Krull warnt vor der bewussten Polarisierung der Gesellschaft durch populistische Kräfte: „Wäre es nicht zielführender, die Gründe zu nennen, die verhindern, wie ein würdevolles Leben in Gerechtigkeit und Frieden für alle im Land Lebenden – egal mit oder ohne österreichische Staatsbürgerschaft – ermöglicht wird?... Wege aus einer Krise wurden noch nie durch große Sprüche, Beschimpfungen und Beleidigungen gefunden, sondern ausschließlich durch bodenständiges Erforschen der Wurzeln von Übeln, so unangenehm es für die eigentlichen Verursacher dieser Krisen auch war oder sein wird.“

Die Verteilungsfrage im Hintergrund krisenhafter Erscheinungen der Gegenwart stellt sich unter anderem den französischen ArbeitnehmerInnen, die seit Wochen gegen den Abbau von Rechten und Mitgestaltungsmöglichkeiten durch ein neues Arbeitsgesetz kämpfen. Österreichische

Editorial

GewerkschafterInnen haben jetzt ihre Solidarität bekundet und warnen vor europaweiten Tendenzen, Gewerkschafts- und ArbeitnehmerInnenrechte einzuschränken (S. 8/9).

Was es braucht, ist eine „Politik gegen die Angst“, die die Verteilungsfrage aufgreift, neoliberale Mechanismen benennt und ihnen entgegentritt, erklärt Bundesminister Alois Stöger im Gespräch mit ZeitZeichen (S. 2-4). Das wäre hilfreich für den (Wieder-)Aufbau der so notwendigen Solidarität in der Gesellschaft. Denn ein Brückenbau verlangt die Sondierung des Grundes, auf dem die Pfeiler stehen sollen, die klare Analyse der Gegebenheiten und die entsprechenden Schlüsse daraus.

Instrumentarium dafür liefert unter anderem die Katholische Soziallehre, die in ihrem 125. Jahr aktueller und bedeutsamer nicht sein kann – Katholische ArbeitnehmerInnen Bewegung, ÖGB und Katholische Sozialakademie haben das mit einem Festakt am zweiten Juni in Erinnerung gerufen (S. 10 – 14).

ChefredakteurIn Elisabeth Obnemus

die Armen gegen die Ärmsten stellt, eine Neiddebatte schlechtester Qualität.

■ Immer wieder ist zu hören, die Mindestsicherung sei generell zu hoch, halte Menschen davon ab, arbeiten zu gehen. Wäre im Zusammenhang damit nicht an der Lohnpolitik anzusetzen? Tatsächlich liegen viele Menschen mit ihrem Einkommen unterhalb der Mindestsicherung.

■ Wenn man sich die österreichische Tarifpolitik ansieht, dann ist es so, dass die Einkommen – bei Normalbeschäftigung – deutlich über der Mindestsicherung liegen. Wir haben im Regelfall Mindestlöhne, die brutto bei 1300 Euro, 1400 Euro liegen, und dort, wo es Kollektivverträge gibt, gibt es auch eine Lohnentwicklung. Wir sind jetzt mit der Steuerreform diesen Personengruppen wieder entgegengerufen, haben steuerlich umverteilt. Das hauptsächliche Problem ist, dass durch Teilzeitfallen und prekäre Beschäftigungen Menschen tatsächlich ein Einkommen haben, das nicht ausreicht und Mindestsicherung notwendig macht. Zwei Drittel derer, die die Mindestsicherung beziehen, beziehen diese Mindestsicherung zusätzlich zu einem Erwerbseinkommen. Das zeigt, dass EmpfängerInnen von Mindestsicherung, auch arbeiten, arbeiten wollen, aber nicht immer die Arbeit bekommen, die sie brauchen. Natürlich ist es immer auch wichtig, eine vernünftige Lohnbewegung und Lohnentwicklung zu haben.

■ Der soziale Zusammenhalt war ein Schlüsselbegriff bei den Präsidentschaftswahlen – was sehen Sie als Hauptgrund dafür, dass es bröckelt, bricht bei diesem

**Die Prekari-
sierung von
Arbeit ist ein Riesen-
problem, besonders bei
jungen Menschen.**

sozialen Zusammenhalt? Gibt es so viele „VerliererInnen“ in der Gesellschaft, dass das den Wahlerfolg von Norbert Hofer erklären könnte?

■ Wir haben in Europa seit 30, 40 Jahren eine Politik der Auflösung von Sicherheiten. Neoliberale Politik geht immer in die Richtung, Sicherheiten von Menschen aufzulösen. Und Menschen, deren Sicher-

heiten man zerstört, spüren das. Die können es nicht formulieren, sie spüren aber, dass sie unter Druck stehen. Sie sind irritiert und geben den Rechten nach, glauben, mit einfachen Antworten Lösungen für komplexe Probleme haben zu können. Das ist falsch. Im Laufe der Geschichte hat sich gezeigt, dass es immer zu Lasten der Menschen geht, die das glauben – die sind dann in den Krieg geschickt worden

**Die Frage der
Mindestsicherung stellt sich unabhängig davon, wo jemand geboren ist, sie ist allein abhängig von der Frage: Was brauchen Menschen, die in Österreich leben?**

und waren nicht die Sieger. Es geht darum, der Auflösung dieser Sicherheiten ein Ende zu setzen. Das braucht eine andere Politik in Europa, das braucht eine andere Politik z.B. hinsichtlich Investitionen. Wir müssen verstärkt in Investitionen gehen, auch neoliberale Politik benennen. Es wissen viele schon nicht mehr, dass sie neoliberale Politik machen. Das ist Ideologie, die sich in breite Ebenen der Wirtschaftspolitik eingegraben hat, die sachlich überhaupt keine Basis hat. In der Geschichte Europas war es immer die Sozialdemokratie, die begonnen hat, den Menschen Sicherheit zu geben. Und Sicherheit ist immer kollektive Sicherheit. Es ist die Sicherheit gegen Armut im Alter – wir haben ein Pensionssystem geschaffen, das sich über 60 Jahre hinweg bewiesen hat. Wir haben Menschen mit einer Krankenversicherung abgesichert, damit sie nicht Angst vor Armut durch Krankheit haben müssen, wir haben Maßnahmen gesetzt, um Angst vor Einkommenslosigkeit zu reduzieren, indem wir eine Arbeitslosenversicherung und eine Mindestsicherung eingeführt haben. Allein diese kollektiven Systeme können den Menschen Sicherheit geben und eine solidarische Gesellschaft sichern. Wer sich mit den Grundlagen neoliberaler Politik einmal beschäftigt hat, wird drauf kommen, dass das, was diese Politik will, das Ende einer solidarischen Gesellschaft ist. Und das Ende einer solidarischen Gesellschaft führt zu Verunsicherung, führt zu Angst. Und Angst führt zu reaktionären Handlungen. Und manche haben ein Interesse, diese

Angst zu schüren, das hat man im Wahlkampf sehr gut gesehen.

■ Eine neue Studie des Wifo besagt, dass die Einkommen in Österreich trotz Sozialstaats auseinanderdriften, dass die wohlfahrtsstaatliche Maschinerie immer weniger die wachsende Ungleichheit kompensiert. Studienautor Alois Guger schlägt vor, die Haushalte nach ihrer



Foto: Zinner

„Leistungsfähigkeit“ zu besteuern: Entlastung der Löhne, besonders von den Sozialbeiträgen, dafür höhere Steuern auf Vermögen und dessen Erträge... Vermögenssteuern: Wird die Sozialdemokratie das jetzt wirklich einmal angehen?

■ Zunächst stellt sich die Frage nach dem Vermögenszuwachs. Da gibt es eine ganz klare Position der Sozialdemokratie: wir sagen, dieser Vermögenszuwachs muss besteuert werden, und wenn man die letzten siebeneinhalb Jahre ansieht, in denen die Sozialdemokratie in dieser Bundesregierung mitgewirkt hat, haben wir diesbezüglich trotz heftigen Widerstands massive Veränderungen umgesetzt. Sehen wir uns nur die letzte Steuerreform an, nur die Steuerreform: ich hätte mir nicht träumen lassen, dass wir es schaffen, den Höchststeuersatz zu erhöhen. Wir haben es geschafft. Ich hätte mir nicht träumen lassen, dass wir mit einer Umverteilung bei der Bankenabgabe mehr als fünf Milliarden einnehmen während der letzten Jahre.

■ Zurück zu klassischen Vermögenssteuern: Wird sich die Sozialdemokratie nachhaltig dafür stark machen? Darf man gar darauf hoffen, dass sie eine Einführung durchsetzt?

■ Wenn die SPÖ 51 Prozent der Stimmen bekommt – ja...

Interview: Elisabeth Ohnemus

Positionen

Brücken bauen

Bei der Wahl zum Bundespräsidenten haben wir anschaulich erlebt, wie schnell man Menschen polarisieren und auseinander dividieren kann. Die Situation in der KAB erscheint mir derzeit ähnlich. So etwas ist auf Dauer für jede Gruppe oder Organisation von Nachteil. Ich hoffe, dass wir durch eine gute inhaltliche Diskussion Verständnis für beide Seiten und im Idealfall auch gemeinsame Positionen erreichen. Im Redaktionsteam haben wir uns daher entschieden, dieser Diskussion weiter genügend Raum zu geben und hoffen auf rege Beteiligung und Antworten auf die offenen Fragen. Ich freue mich über jede Rückmeldung, wünsche mir aber zugleich, dass man auch aufeinander eingeht und die konkreten Fragen beantwortet. Sonst sind wir auf dem gleichen Niveau, wie Menschen, die einfach Ihre Meinung sagen, aber nicht auf Fragen anderer eingehen. Gelegentlich fällt mir das bei manchen Politikern auf... So kommen wir nicht weiter und finden auch keinen gemeinsamen Weg in die Zukunft. Eine Besinnung auf unsere gemeinsame Geschichte, unsere Positionen und deren Weiterentwicklung kann hilfreich sein:

Mit großem Interesse und großer Freude habe ich bei einem Treffen des Aktionsteams der „Allianz für den arbeitsfreien Sonntag“ die Erinnerungen von Superintendent Hansjörg Lein (Diözese Wien A.B.) an seine Zeit als Pfarrer in Wien Floridsdorf von 1981 bis 2003 gehört. Wie beeindruckt er vom Wirken der KAB vor Ort war, Namen wie Otto Vetter sind ihm im Gedächtnis geblieben. Gleich darauf fielen Namen wie Summerauer, kamen Erinnerungen an Priester der Voest auf, etc.

Dazu eine weitere Reaktion per Mail auf das vorletzte Zeitzeichen:

„Sehr geehrte Damen und Herren der Redaktion „Zeitzeichen“!

Ich gratuliere Ihnen recht herzlich zum Layout und zur inhaltlichen Gestaltung der Zeitung. Besonders interessiert hat mich die Predigt von Bischof Aichern zum 70Jahr-Jubiläum der KAJ, komme ich doch auch aus der KAJ und wohnte in einer Nachbarpfarre von Bischof Aichern im 14. Bezirk. Leider erzählt er nichts über seine persönliche Lehrzeit und wie er denn zum Priesterberuf gekommen ist. Ich bin als gelernter Schriftsetzer in das Canisiusheim, Spätberufenseminar Horn gegangen, habe dort am staatlichen Aufbaugymnasium maturiert und dann in Wien Theologie studiert. In Horn waren in den besten Jahren 120 Studenten, davon 30 bis 40 aus der KAJ, von denen viele den Priesterberuf ergriffen haben. Die KAJ war für uns Lebens- und Glaubensschule durch die Orientierung am Evangelium und nicht wenige haben dabei ihre Berufung



Philipp Kuhlmann
Vorsitzender der Katholischen
ArbeitnehmerInnen
Bewegung Österreich
philipp.kuhlmann@gmx.at

zum Priester erfahren. Schade, dass darüber heute nicht mehr viel zu hören und zu lesen ist, was man sich eigentlich zum 70Jahr-Jubiläum erwarten könnte. Mit freundlichen Grüßen und den besten Wünschen
Kons.Rat Ernst Schläffer
Pfarrer und Dechant i.R.“

Die KAJ als Lebens- und Glaubensschule und die Orientierung am Evangelium scheinen mir in dem Zusammenhang zentral. Ich wiederhole gerne einen Satz aus der erwähnten Predigt von Bischof Aichern: „Der dankbare Rückblick gibt Mut und Kraft zu weiterem Engagement. Arbeitsplatzbeschaffung, Erhaltung des gemeinsam arbeitsfreien Sonntags, Hilfe für Flüchtlinge und Asylanten, Aufbau einer solidarischen Gesellschaft in weltweiter Sicht, eine Globalisierung der Herzen, nicht nur der Wirtschaft, und Kommunikation sind wichtige Aufgaben der Zukunft.“

Für diesen Auftrag bin ich dankbar, den nehmen wir gerne an. Mehr noch: So macht Rückblick auf Zeiten, die ich selber nicht kenne, für mich Sinn. Ich sehe hier auch Einigkeit in den Gremien der Bundesleitung (Vorstand, etc.), dass wir grundsätzliche Änderungen brauchen und die Themen von Bischof Aichern ganz die unseren sind. Unsere Arbeit zur Idee der Tätigkeitsgesellschaft umreißt grob die Richtung, und Papst Franziskus bestätigt das in seinen Schreiben. Unsere Arbeit zu Flucht (ein Wirtschaftsraum mit ca. 500 Millionen Einwohnern wird doch in der Lage sein, 3 Millionen Flüchtlingen Schutz, Versorgung, Integration und Arbeit zu bieten...) und Integration in den Arbeitsmarkt, zur Mindestsicherung, Ökologie, etc. sind Ausdruck dessen. Ich bin überzeugt, dass wir damit der Katholischen Soziallehre entsprechen.

Wir brauchen keine Politiker, die wankelmütig meinen: „Das schaffen wir nicht“. Wir müssen uns vielmehr fragen, wie wir die gegenwärtige Situation bewältigen können. Im Sinne Aicherns sollten wir „die eigene Lebensführung hinterfragen (...), die Strukturen dieser Welt aus christlicher Verantwortung mitgestalten. (...) Es geht um die Glaubensverwirklichung, die Gesinnungs- und Strukturreform, um Vermenschlichung von Arbeitswelt und Wirtschaft.“ Als Mitglieder, Interessierte und FreundInnen der Katholischen ArbeitnehmerInnen Bewegung sollten wir uns darauf doch einigen und gemeinsam auf dieses Ziel hin arbeiten können.

Philipp Kuhlmann

Arbeit für Flüchtlinge

Überlegungen zu einer möglichen Positionierung der KABÖ

Wir sehen Arbeit, die für uns nicht auf Erwerbsarbeit beschränkt ist, als Grundauftrag jedes Menschen. Ziel ist daher, möglichst vielen Menschen eine Arbeit zu ermöglichen, die ihre Würde garantiert, ihnen Beteiligung ermöglicht, sinnvoll ist, ihre Entwicklung fördert, sie sozial absichert und die Umwelt berücksichtigt. Wie sind diese Grundsätze in Bezug auf den Arbeitsmarktzugang von anerkannten Flüchtlingen und AsylwerberInnen anzuwenden? Überlegungen des Vorsitzenden der Katholischen ArbeitnehmerInnen Bewegung Österreichs, Philipp Kuhlmann.

Das UNHCR zählte Mitte 2015 ca. 92.000 Menschen auf der Flucht in Österreich (Mid-Year Trends). Aktuell haben wir ca. 440.000 Arbeitssuchende (inkl. SchulungsteilnehmerInnen) in Österreich. Der Arbeitsmarkt ist nicht mehr als abgeschotteter Bereich zu sehen, sondern umfasst mittlerweile die gesamte EU. Beschränkungen sind vor diesem Hintergrund kaum noch möglich. Dass das bei großen Unterschieden in den sozialen und ökonomischen Bedingungen der Mitgliedsländer Spannungen mit sich bringt, ist evident.

Die „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte“ sieht folgendes vor:

Artikel 14

1. Jeder hat das Recht, in anderen Ländern vor Verfolgung Asyl zu suchen und zu genießen.

Artikel 23

1. Jeder hat das Recht auf Arbeit, auf freie Berufswahl, auf gerechte und befriedigende Arbeitsbedingungen sowie auf Schutz vor Arbeitslosigkeit.

2. Jeder, ohne Unterschied, hat das Recht auf gleichen Lohn für gleiche Arbeit.

3. Jeder, der arbeitet, hat das Recht auf gerechte und befriedigende Entlohnung,...

Einige Vorschläge für Antworten haben wir in den letzten Ausgaben des „Zeitzeichens“ bereits behandelt:

Georg Kapsch von der Industriellenvereinigung sprach sich für einen Zugang von AsylwerberInnen sechs Monate nach Antragstellung aus. Der Arbeitsmarkt sei keine fixe Größe und können mehr Angebot auch aufnehmen. Das „Ersatzkräfteverfahren“, dass bei mangelndem inländischen Arbeitskräften einen Zugang erlauben soll, sei dabei anzuwenden. Auch der ÖGB hat im Oktober dieses Verfahren als mögliche Regelung ins Spiel gebracht und ebenfalls einen erleichterten Zugang von

AsylwerberInnen und Flüchtlingen gefordert. Das soll Lohndumping (insbesondere in Bereichen mit niedrigen Einkommen) und illegale Beschäftigung verhindern. Die Gewerkschaft der Privatangestellten, Druck, Journalismus, Papier hat bei Ihrem Bundesforum 2015 folgende Forderung beschlossen: „Fairer und gleicher Zugang zum Arbeitsmarkt und zu Weiterbildung für alle Menschen, die sich legal in Österreich aufhalten: Besserer Arbeitsmarktzugang für AsylwerberInnen; Leichtere und schnellere Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse; Schwerpunktlegung auf die Weiterqualifizierung von Migran-

tInnen“. Stefan Schulmeister verwies auf die Vorteile des dualen Ausbildungssystems für Lehrlinge und dachte eine Erweiterung für Flüchtlinge an. Intern wurde in der KAB die schon jetzt erlaubte Ausweitung für gemeinnützige Arbeit diskutiert, allerdings immer mit dem Hintergrundgedanken, dass das keine endgültige und langfristige Lösung sondern nur ein erster Schritt sein könne.

Es gibt also viele gute Argumente und Vorschläge für eine neue Regelung. In der derzeitigen politischen Lage wird es aber schwierig, mit vernünftigen Argumenten gegen simple Ansagen, wie die aus dem



AsylwerberInnen im Projekt IGOR, Integration und Gesundheitsförderung im öffentlichen Raum, Wien/Lainz



AsylwerberInnen im Projekt IGOR, Integration und Gesundheitsförderung im öffentlichen Raum, Wien/Lainz

Kern will rasche Arbeitserlaubnis für AsylwerberInnen

Bundeskanzler bekundet Interesse an deutschem Modell

Bundeskanzler Christian Kern will Flüchtlinge rascher einen Zugang zum Arbeitsmarkt ermöglichen. „Wir müssen gemeinsam überlegen, wie wir das beschleunigen können“, so Kern im Interview mit der Tageszeitung „DerStandard“ vom 25./26. Mai. „Mir ist schon bewusst, dass das angesichts der Arbeitsmarktlage im Moment eine weitere Belastung bringt“, so Kern weiter. Man müsse aber mit der Integration so früh wie möglich beginnen. Das deutsche Modell, gemäß dem Flüchtlinge bereits drei Monate nach dem Stellen ihres Asylantrags und nicht erst nach dessen Anerkennung einen Job annehmen dürfen, bezeichnete Kern als „interessant“.

„Handbuch freiheitlicher Politik“: „Das AMS hat sich daher entgegen der momentanen Praxis ausschließlich mit der Vermittlung von österreichischen Arbeitskräften zu befassen.“ (Seite 112), die von Präsidentschaftskandidaten Hofer erneuert wurde, durchzusetzen.

Der Arbeitsmarkt ist kein „normaler“ Markt weil er über das Schicksal von Menschen entscheidet und ist daher besonders zu regeln. Aus dem Beschriebenen kann man folgendes ableiten:

- Wer sich legal im Land aufhält, soll grundsätzlich freien und gleichen Zugang zum Arbeitsmarkt haben.
- Bei laufendem Asylverfahren soll nach einer bestimmten Wartezeit ebenfalls ein Zugang ermöglicht werden.
- Qualifikationen sollen einfach und rasch anerkannt werden bzw. praktische Fähigkeiten unkompliziert für die österreichischen Verhältnisse erweitert werden können.

Bei allen Herausforderungen, die momentan für flüchtende und helfende Menschen bestehen – langfristig Unterscheidung von sogenannten „Wirtschafts-

flüchtlingen“, die in Wahrheit einfach „Armutsflüchtlinge“ sind, Klima- und Kriegsflüchtlingen sind hinfällig, denn „solange die Ausschließung und die soziale Ungleichheit in der Gesellschaft und unter den verschiedenen Völkern nicht beseitigt werden, wird es unmöglich sein, die Gewalt auszumerzen. Die Armen und die ärmsten Bevölkerungen werden der Gewalt beschuldigt, aber ohne Chancengleichheit finden die verschiedenen Formen von Aggression und Krieg einen fruchtbaren Boden, der früher oder später die Explosion verursacht. Wenn die lokale, nationale oder weltweite Gesellschaft einen Teil ihrer selbst in den Randgebieten seinem Schicksal überlässt, wird es keine politischen Programme, noch Ordnungskräfte oder Intelligence geben, die unbeschränkt die Ruhe gewährleisten können. Das geschieht nicht nur, weil die soziale Ungleichheit gewaltsame Reaktionen derer provoziert, die vom System ausgeschlossen sind, sondern weil das gesellschaftliche und wirtschaftliche System an der Wurzel ungerecht ist. (...) Die Notwendigkeit, die strukturellen Ursachen der Armut zu beheben, kann nicht warten, nicht nur wegen eines pragmatischen

Erfordernisses, Ergebnisse zu erzielen und die Gesellschaft zu ordnen, sondern um sie von einer Krankheit zu heilen, die sie anfällig und unwürdig werden lässt und sie nur in neue Krisen führen kann. Die Hilfsprojekte, die einigen dringlichen Erfordernissen begegnen, sollten nur als provisorische Maßnahmen angesehen werden. Solange die Probleme der Armen nicht von der Wurzel her gelöst werden, indem man auf die absolute Autonomie der Märkte und der Finanzspekulation verzichtet und die strukturellen Ursachen der Ungleichverteilung der Einkünfte in Angriff nimmt, werden sich die Probleme der Welt nicht lösen und kann letztlich überhaupt kein Problem gelöst werden. Die Ungleichverteilung der Einkünfte ist die Wurzel der sozialen Übel.“ (Papst Franziskus, Evangelii Gaudium, 59. und 202.)

Globale Gerechtigkeit, Klima, Anhebung von Sozialstandards, Verbesserungen in der EU bzw. die Weiterentwicklung zu einer Sozialunion sind Aufgaben, zu denen wir mit unseren Mitteln weiter beitragen müssen.

Philipp Kuhlmann

Stopp dem Raubbau

Solidaritätserklärung der GPA-djp mit französischen KollegInnen im Kampf gegen den Abbau von Gewerkschaftsrechten

Eine Solidaritätserklärung mit den aufständischen GewerkschafterInnen in Frankreich hat der Bundesvorstand der Gewerkschaft der Privatangestellten-Druck, Journalismus, Papier am zweiten Juni beschlossen und versendet: „Wir müssen die Stopp-Taste drücken“, erklärt Wolfgang Greif, Leiter der Abteilung Europa und Integration in der GPA-djp, im Interview mit „ZeitZeichen“: „Hier geht es um die Einschränkung von Gewerkschaftsrechten, von demokratischen Grundrechten, wie sie an vielen Stellen in Europa in Bedrängnis geraten.“

Konkret unterstützen die 140 BetriebsrätInnen der GPA-djp, die am zweiten Juni im Wien zum halbjährlichen Bundesvorstand zusammengetreten sind, mit ihrer Erklärung die Kämpfe der französischen KollegInnen gegen die geplante Einschränkung des Kündigungsschutzes, insbesondere bei Jugendlichen, die Einschränkung von Abfertigungsrechten sowie die Einführung von Instrumentarien zur Verlängerung der Arbeitszeit. Greif: „Der Fokus des Widerstands in Frankreich richtet sich auf die Absicht, die Kollektivvertragsverhandlungen von der Gewerkschaftsebene weg hin auf die betriebliche Ebene zu verlagern, gepaart mit einer neuen Regelung, dergemäß – anders als bisher – eine auf der betrieblichen Ebene getroffene Entscheidung für die ArbeitnehmerInnen zu schlechteren Standards führen kann als gesetzlich oder im Tarifvertrag vorge-

sehen ist.“ Auf diese Weise, so Greif, sei das Instrumentarium gegeben, die in Frankreich geltende 35-Stunden-Woche „auszuhebeln“. Bisher habe das „Günstigkeitsprinzip“ gegolten, demgemäß betrieblich getroffene Vereinbarungen tariflich oder gesetzlich festgelegte Standards nicht unterschreiten durften.

Erosion der Gegenmacht von Betrieben

Eine andere von der französischen Regierung geplante Neuerung betreffe das Verhandlungsmandat für Gewerkschaften innerhalb eines Betriebs, so Greif. Bisher sei die Regelung so, dass eine Gewerkschaft in einem Betrieb mit dem Verhandlungsmandat dann beauftragt werden kann, wenn sie mindestens 10 Prozent der Belegschaft hinter sich vereint – stärkere Gewerkschaften innerhalb des Betriebs können ein Veto dagegen einlegen. Nun soll dieses Vetorecht abgeschafft werden, was, so Greif, die Gefahr mit sich brächte, kleinen, möglicherweise arbeitgeberfreundlichen Gewerkschaften nichts mehr entgegenzusetzen zu können: „Das führt zu einer Erosion der Gegenmacht und Gestaltungsmacht von Betrieben.“

Kein singuläres Problem

„Wir von der GPA-djp haben gesagt: wir müssen uns zu Wort melden. Was hier ge-

schieht, greift über Frankreich hinaus, das ist nichts Singuläres, sondern etwas, was in vielen Ländern der EU – über die Troika-Ländern hinaus – vor sich geht. Das ist ein Muster, das seit der Finanzmarktkrise verfolgbar ist. In England werden gerade die Reste des Streikrechts entsorgt, in Österreich werden in Teilen der Industrie Überlegungen laut zur Beschneidung von Gewerkschaftsrechten, Diskussionen über die Schwächung der Sozialpartner kommen auf.“ Die Rede von einem „new deal“, wie sie in einigen Ländern der EU, auch in Österreich, vernehmbar sei, müsse genau geprüft werden: „Das, was Roosevelt ursprünglich damit meinte, inkludierte die Idee einer Stärkung von Gewerkschaftsrechten, nicht die einer Schwächung“.

Elisabeth Ohnemus



Wolfgang Greif

Foto: GPA-djp



Solidaritätserklärung der GPA-djp mit den streikenden Gewerkschaften in Frankreich

Liebe Kollegen und Kolleginnen!

Druck, Journalismus, Papier (GPA-djp) erklärt sich im Namen aller Mitglieder solidarisch mit euren aktuellen Protesten und Arbeitskämpfen gegen die geplanten Arbeitsmarktreformen der französischen Regierung. Mit tiefer Sorge haben wir die Pläne zur Einschränkung des Kündigungsschutzes und zur Verlängerung der Wochenarbeitszeit in eurem Land zur Kenntnis genommen. Darüber hinaus verurteilen wir auf das schärfste die Offensive zur massiven Einschränkung der Einflussmöglichkeit der Gewerkschaften auf die Gestaltung der Arbeitsbedingungen und die Lohnfindung. Die Verlagerung der Kollektivvertragsverhandlungen auf die Unternehmensebene verbunden mit der Ermöglichung übergreifende Vereinbarungen auf betrieblicher Ebene zu unterlaufen ist nichts anderes als ein aggressiver Angriff auf die Rechte der Beschäftigten. Seit Beginn der Krise haben wir als Gewerkschaften europä-

weit in immer mehr Ländern mit aggressiven Angriffen auf die Arbeits- und Gewerkschaftsrechte zu kämpfen. Kollektivvertragsverhandlungen und die Mitwirkungsrechte auf betrieblicher Ebene werden immer weiter ausgehöhlt. Die GPA-djp sieht den Angriff auf die Rechte sowie die Arbeits- und Einkommensbedingungen der Beschäftigten in Frankreich, als Teil des Angriffs auf die Arbeits- und Gewerkschaftsrechte in ganz Europa. So wie wir Eingriffe in die Macht der Gewerkschaften auch in unserem Land nicht hinnehmen würden, so stehen wir solidarisch mit eurem Kampf!

Ein Angriff auf einen von uns, ist ein Angriff auf alle!
In Solidarität,

Der Bundesvorstand der GPA-djp in Österreich Wien,
am 2. Juni 2016

GPA-djp begrüßt Initiative der Bundesregierung gegen Scheinselbstständigkeit

Onlineplattform www.watchlist-prekaer.at verdeutlicht Handlungsbedarf

„Der Kampf gegen die Zunahme prekärer Arbeitsverhältnisse ist einer unserer Schwerpunkte, in diesem Sinne freuen wir uns über die angekündigte Unterstützung der Bundesregierung, Maßnahmen gegen unfreiwillige Selbstständigkeit setzen zu wollen“, begrüßt Wolfgang Katzian, Vorsitzender der GPA-djp (Gewerkschaft der Privatangestellten, Druck, Journalismus, Papier) in einer Presseaussendung von Anfang Juni eine von Bundeskanzler Christian Kern angekündigte Initiative.

„Die Rückmeldungen Betroffener neh-

men zu, sie sind alarmierend und unterstützen den Handlungsbedarf“, erklärt Veronika Kronberger von der Interessengemeinschaft work@flex in der der GPA-djp: „Viele fühlen sich gedemütigt und ausgebeutet, weil sie die gleiche Arbeit leisten wie ihre angestellten KollegInnen, nur für viel weniger Geld und ohne sozial abgesichert zu sein.“

Die GPA-djp hat vor rund einem Jahr die [watchlist-prekaer.at](http://www.watchlist-prekaer.at) als Hilfestellung für Menschen ins Leben gerufen, die in Scheinselbstständigkeit gezwungen wer-

den. Auf der Online-Plattform können Daten, Rahmenbedingungen und vertragliche Vereinbarungen zu Freien Dienstverhältnissen und Werkverträgen eingeben werden. Die erhobenen Daten werden an die Gebietskrankenkassen weitergeleitet, um die genannten Unternehmen prüfen zu können.

„Das Problembewusstsein der Bundesregierung ist absolut begrüßenswert. Wir gehen davon aus, dass der Ankündigung bald konkrete Maßnahmen folgen werden“, so Katzian abschließend.

Weiterführende Information zum Thema „Gewerkschaftsrechte europaweit in Bedrängnis“ finden Sie unter folgenden links:

https://wien.arbeiterkammer.at/interessenvertretung/eu/europaeischeunion/EU_Infobrief.html

<http://www.annotazioni.de/post/1879>

Soziale Frage bleibt virulent

Festveranstaltung thematisierte 125 Jahre Soziallehre

Seit Erscheinen der ersten Sozialzyklika „Rerum Novarum“ vor 125 Jahren hat sich vieles zum Besseren gewendet, enorme Herausforderungen stehen allerdings an, so der Tenor bei der Festveranstaltung „Gesellschaft im Wandel. 1891-2016. 125 Jahre Soziallehre“, zu der am 2. Juni die Katholische ArbeitnehmerInnen Bewegung Österreichs gemeinsam mit der Fraktion christlicher Gewerkschafter im ÖGB und der Katholischen Sozialakademie Österreichs eingeladen hatte.

Die „soziale Frage“ müsse auch heute im Mittelpunkt stehen, so FCG-Vorsitzender und ÖGB-Vizepräsident Norbert Schnedl in seiner Begrüßung. Er nannte dabei die zunehmende Entkoppelung von Arbeit, Zeit und Örtlichkeit. Als Beispiel führte Schnedl „Internetplattformen“ an, auf denen verschiedene Arbeitspakete angeboten werden - bei fehlender sozialer Absicherung und Stundensätzen von beispielsweise USD 1,50 pro Stunde, was dem Tagesverdienst im Wert einer Pizza gleichkomme, so Schnedl.

Wallimann-Sasaki: Modelle des Genug

Thomas Wallimann-Sasaki, Sozial- und Wirtschaftsethiker sowie Leiter des Sozialinstituts der KAB Schweiz, skizzierte in seinem Beitrag den Wandel der Arbeitswelt von der Industrialisierung bis hin zur „Industrie 4.0“ mit Digitalisierung, „Internet der Dinge“ und dem Versprechen, den Menschen in den Mittelpunkt zu stellen. Es sei kritisch zu hinterfragen, ob damit dasselbe gemeint sei wie mit dem Personalitätsprinzip in der Soziallehre.

Die „soziale Frage“ von heute sei wesentlich die der „sozialen Sicherung“ so der Sozialethiker. Als aktuelle Probleme nannte Wallimann-Sasaki außerdem die zunehmende Intensivierung der Arbeit und auch neue Formen der Kontrolle der ArbeitnehmerInnen, die neuerdings wieder feststellbare Zusammenführung von Arbeiten und Wohnen in der Entwicklung hin zu „home offices“. Auch dieser Trend sei verbunden mit dem Risiko zunehmender Kontrolle und neuen Formen der Effizienzsteigerung.

Kritisch betrachtete der Referent die derzeitigen „Wirtschafts-Philosophien“, wobei z.B. Wachstum als Naturgesetz postuliert werde. Tatsächlich handle es sich bei der Diskussion um Wirtschaftswachstum um eine Glaubensfrage. Vielmehr brauche es „Modelle des Genug“ und das Fragen nach dem Ziel von Wachstum.

Der Sozialinstituts-Leiter plädierte dafür, den Wandel so gestalten, dass es „jedem gut gehen könne“. Als Wegweiser benann-

te er die Prinzipien der katholischen Soziallehre und als Boden für diese Wegweiser nannte er das christliche Menschenbild. In Erinnerung zu rufen sei immer wieder, dass die Wirtschaft dem Menschen zu dienen habe und nicht umgekehrt. Das Sabbatgebot sei die Kurzformel dafür.

Holztrattner: Gutes Leben für alle

Die Leiterin der ksoe (Kath. Sozialakademie Österreichs) Magdalena Holztrattner erinnerte in ihrem Beitrag daran, dass die Soziallehre der Kirche den Blick auf das Leid von Menschen und die dahinterliegenden Verhältnisse richte, die „nicht naturgegeben“ seien, sondern „veränderbar“. Es gehe auch heute um eine Orientierung am „guten Leben für alle Menschen“. Dabei sprechen wir über die Mehrheit der Weltbevölkerung, so Holztrattner. Diese erinnerte auch an die vielen Errungenschaften seit Veröffentlichung der ersten Sozialzyklika: allgemeines und Frauen-Wahlrecht, Sozialstaat oder etwa die Möglichkeit, dass Frauen selbst über ihre Erwerbstätigkeit entscheiden können.

Mit der Veröffentlichung von „Laudato si“ im Vorjahr sei der Blick einmal mehr geweitet worden, so Holztrattner. Zum

Blickpunkt armer Menschen sei auch der Blick auf die „ausgebeutete Mitwelt“ gekommen. Diese jüngste Sozial- und Umweltzyklika richte sich erstmals auch an alle Menschen und ermögliche eine neue interreligiöse Spiritualität, weil dabei zum Ausdruck komme, dass wir alle Geschwister sind und alles Leben und Sein verbunden ist. Wie überhaupt aus der ganzen Soziallehre, sei auch aus „Laudato si“ Mut und Hoffnung zu gewinnen, dass – mit dem „Blick von unten“ – die Gestaltung eines sozial verantwortlicher Wandel möglich sei.

Als aktuelle Herausforderungen nannte die Theologin, Armutsforscherin und Pädagogin die Neudefinition von Arbeit, die auch unbezahlte Arbeit adäquat abbilden müsse, die weitreichenden Konsequenzen des nördlichen Konsummodells, die Schieflage bei der Verteilung. Insbesondere ging die Expertin auf globale Probleme ein: die mangelnde internationale Durchsetzung der Arbeitsrechte, die in verschiedenen Ländern unterbundene gewerkschaftliche Organisation, die Ausbeutung der Natur, die Verseuchung der Meere, die produzierten Bruchstellen von Produkten oder auch das gravierende



v.l.n.r.: Dr. Norbert Schnedl, Vizepräsident des ÖGB & FCG-Bundesvorsitzender, Monika Gabriel, FCG-Bundesfrauenvorsitzende, Dr.in Magdalena Holztrattner, Direktorin der KSÖ, Altbischof Maximilian Aichern, Günter Trausnitz, Bundesgeschäftsführer-Stv. der GPA-djp

Problem der Atommüllendlagerung, der unfaire Milchpreis und das derzeitige Care-System. Holztrattner wies darauf hin, dass „dem Markt“ Grenzen durch die Politik zu setzen seien und Alternativen sichtbar gemacht und bestärkt gehören, wie z.B. Formen solidarischen Wirtschaftens. Aufgabe der Kirche müsse es sein, das „soziale Gewissen“ zu stärken, durch Bildung, Förderung demokratischer Strukturen und das Hochhalten der Hoffnung.

Hartmann-Schäfers: Menschenrecht auf Wasser

Mechthild Hartmann-Schäfers befasste sich in ihrem Input mit dem Thema Was-

ser, das in der Sozialzyklika „Laudato si“ ein eigenes Kapitel bekommen hat. Dass dem Thema Trinkwasser diese große Bedeutung eingeräumt werde, sei neu in der Soziallehre, so die Leiterin der ZASS (Stiftung „Zukunft der Arbeit und der sozialen Sicherheit“). Die globale Wasserkrise drohe sich immer mehr zuzuspitzen. Bereits heute sterben 1,5 Millionen Kinder unter 5 Jahren an wasser- und sanitärbedingten Krankheiten. Es werde bereits damit gerechnet, dass 2050 die Hälfte der Weltbevölkerung unter extremer Wassernot leiden werde. Kritisch zu verfolgen sei die Tendenz des „water grabbing“ (analog zum „land grabbing“), wobei Wasser

immer mehr zur Handelsware werde und immer mehr Menschen nur mehr verschmutztes Wasser bleibe. Papst Franziskus betone hingegen, dass Wasser ein Menschenrecht sei. Hartmann-Schäfers ging in ihrem Beitrag auf die vielfältigen Problemzusammenhänge ein: auf den hohen Wasserverbrauch, der durch die industrielle (auf Fleischkonsum orientierte) landwirtschaftliche Produktion und globale Distribution von Lebensmitteln bedingt ist, auf die Wasserverschmutzung, die Verunreinigung der Weltmeere mit „Plastikinseln“ und „Plastikteppichen“, die sogar schon die Schifffahrt gefährdeten, die dramatischen Folgen der Klimaerwärmung wie das voraussichtliche endgültige Aus des „Großen Barriere-Riffs“ vor Australien.

Ausstellung „Wasser ist Leben“

Mit dem Beitrag der ZASS-Leiterin wurde auch die Ausstellung „Wasser ist Leben“ mit Kunstwerken der Kölner Künstlerinnen Anne Bölling-Ahrens und Mechthild Hartmann-Schäfers im ÖGB-Catamaran in Wien eröffnet, die bis 13. Juni zu sehen waren. Die Installationen, Drucke, Collagen und Skulpturen thematisieren unseren Umgang mit der elementaren Ressource Wasser. Die Ausstellung versteht sich in der Tradition einer politischen Kunst, die letztlich zum Handeln anregen möchte.



v.l.n.r.: Walter Rijs, Präsident der KA Wien und Ulrike Immervoll, Betriebsseelsorge Oberes Waldviertel



Anne Bölling-Ahrens, Künstlerin der Ausstellung „Wasser ist Leben“



Mechthild Hartmann-Schäfers, Referentin und Künstlerin der Ausstellung „Wasser ist Leben“

Markus Blümel

Arbeitsgesellschaft im Wandel?

125 Jahre Rerum Novarum

Mit der Enzyklika „Rerum Novarum“ („Über die neuen Dinge“) nahm Papst Leo XIII 1891 erstmals in hochoffizieller Form zu den Entwicklungen der Industrialisierung und ihren Folgen für die Arbeitenden und die Gesellschaft Stellung und formulierte wichtige ethische Leitlinien. 125 Jahre später stehen wir gesellschaftlich und in der Arbeitswelt an einem andern Ort. Was hat sich in der Arbeitswelt verändert? Im Folgenden eine Skizze der Veränderungen und Überlegungen zur Frage der Aktualität der ethischen Wegweiser der Katholischen Soziallehre.

Die Entwicklung der Arbeitswelt kann man in vier grosse Phasen der Industrialisierung einteilen. Mit dem ersten mechanischen Webstuhl (1784) beginnt die Industrialisierung als Mechanisierung. Eine zweite Phase bildet im Gefolge des Taylorismus (Arbeitsteilung und Berechnung der Teilleistungen) die Erfindung der Produktion am Fließband (Ford, Automobilbau nach 1870), verbunden mit der aufkommenden Elektrifizierung. Einen dritten Entwicklungsschritt bringen die Erfindung der ersten programmierbaren Steuerungen ab 1969 und die einsetzende Automatisierung. Heute sprechen viele von „Industrie 4.0“ als neuste Phase dieser Entwicklungsgeschichte. Gemeint ist die Verbindung von Mensch, Arbeit, Robotertechnik und intelligenter Netzwerke (Internet, etc.).

Arbeitszeiten

Seit Mitte des 19. Jahrhunderts hat sich die wöchentliche Arbeitszeit halbiert. Von 6 oder gar 7-Tage-Wochen mit täglichen Arbeitszeiten von 15 und mehr Stunden führte die Entwicklung zu einer starken Reduktion. Doch auch heute gibt es weiterhin Berufsgruppen, die weit mehr als die „gewöhnlichen“ 40-42 Stunden pro Woche arbeiten. Zugleich gibt es eine wachsende Zahl von Menschen in prekären Arbeitsverhältnissen mit mehreren Jobs gleichzeitig. Zudem sind die weltweiten Unterschiede nach wie vor enorm.

Arbeitsorte und -sektoren

Mit der Industrialisierung beginnen sich Wohn- und Arbeitsort zu trennen. Dies führte auch zur Trennung von Arbeits- und Freizeit. Nur vor diesem Hintergrund kann etwa das Denken von „Work-Life-Balance“ verstanden werden.

Doch auch die Arbeitsformen haben sich verändert. Arbeiteten (in der Schweiz) 1950 noch gut 87% aller Menschen im Handwerk und lediglich 13% in Bürobe-



Thomas Wallimann-Sasaki

Foto: Philipp Kuhlmann

rufen, sind es 1970 immer noch 76% im Handwerk zu 24% in den Büros. Doch in der Zeit bis 2010 kommt die grosse Verschiebung: nur noch 21% arbeiten als Handwerker während die Büroarbeitsplätze auf 79% angestiegen sind. Gleichzeitig stellen wir heute auch eine „Rück-Verschiebung“ zum „Home-Office“ fest – wobei die Möglichkeiten der Kontrolle hier nicht zu den alten Freiheiten führen, sondern eher einer Kombination von Aufsicht und Mobilitätsbegrenzung entsprechen.

Wirtschaftsphilosophien

Betrachtet man die Denkmuster hinter den Entwicklungen, fällt die dominierende Orientierung am stetigen Wachstum auf. Flexibilisierung und Reorganisationen dienen häufig einzig diesem Ziel. Verbun-

den ist dies mit einer „Monopoly-Mentalität“. Wer je „Monopoly“ gespielt hat weiss, dass „Zürich Paradeplatz“ nicht nur das teuerste Feld ist, sondern auch, dass wer dort Hotels bauen kann, das Spiel gewinnt. Dem ungebremsten Manchester-Liberalismus der Frühindustrialisierung ist nach Zeiten der Begrenzung eine Haltung des Spiels und der Wette gefolgt, die alle Arbeitsbereiche der Finanzindustrie unterordnet. Kein Wunder, dass die Frage nach organischem Wachstum brennend geworden ist.

Wert- und Sinnggebung

Der Wandel in der Arbeitswelt ist nur ein Aspekt, wenn wir auf die letzten 125 Jahre zurückblicken. Bereits 1891 machte Papst Leo XIII deutlich, dass Wirtschaften und Arbeiten nicht Selbstzweck sind und einer

Ordnung bedürfen. Sinnvorgaben kann die Wirtschaft nicht selber liefern. Wegweiser von außen sind nötig.

Diese ethischen Wegweiser – in der Tradition der Katholischen Soziallehre „Sozialprinzipien“ genannt – basieren auf dem biblisch-christlichen Menschenbild als Wertboden. Merkmale dieses Bodens sind, dass Menschen Geschöpfe Gottes sind. Sie haben sich das Leben nicht selber gegeben. Daraus folgt eine Grundhaltung der Dankbarkeit wie auch der Abhängigkeit im Sinne einer Beziehungsnotwendigkeit. Dies setzt kritische Grenzen, wenn der Mensch als reiner, einzig leistungsorientierter Macher und als auf sich bezogenes, denkendes Individuum gesehen wird. Wesentlich für das biblisch-christliche Menschenbild ist, dass wir Menschen nicht im Himmel sind, sondern auf einer begrenzten und von Fehlern geprägten Erde leben, zwar immer wieder das Gute und Richtige wollen, und trotzdem Fehler machen. Wir wissen um die Möglichkeit

des Paradieses und der Vollkommenheit und spüren auch die Versuchungen dahin – etwa wenn wir uns wünschen, dass unsere Leistungen, Wissen oder auch Systeme doch die Probleme dieser Welt lösen könnten. Doch das biblisch-christliche Menschenbild erinnert daran, dass der Himmel kein Werk des Menschen ist und dass Menschen lernen müssen, mit Unvollkommenheiten zu leben und die Spannung auszuhalten, dass eine vollkommene Welt nicht machbar ist, trotzdem aber die Hoffnung für eine gerechtere Welt lebendig erhalten.

Mensch als Mittelpunkt – statt Mittel.Punkt

Auf diesen Kernaussagen baut die Katholische Soziallehre auf und fordert, dass im Zentrum menschlichen Handelns der Mensch als Mensch stehen muss. Strukturen, Arbeitsplätze, die Wirtschaft wie auch die Politik müssen für den Menschen da sein und nicht umgekehrt. Dies lässt

kritisch anfragen, wenn Industrie 4.0 so verkauft wird, dass nun alles für den Menschen gemacht werde – und doch durchschimmert, dass die Vernetzungen doch eher für den Nutzen von Unternehmen und Wirtschaft da sind.

Vorrangige Option für Benachteiligte und Armen

Ob der Mensch als Mensch im Fokus steht zeigt sich im Umgang mit den Benachteiligten. Bereits das Alte Testament wie auch Jesus haben immer wieder ermahnt, dass sich die Wertschätzung des Menschen daran zeigt, wie wir mit jenen am Rand der Gesellschaft und der Arbeitswelt umgehen. Solche Hilfen können sowohl persönlich wie auch strukturell geleistet werden.

Hilfe zur Selbsthilfe und Anspruch auf Unterstützung

Mit dem Subsidiaritätsprinzip kennt die Soziallehre einen Wegweiser, der Hilfe

Gesellschaft im Wandel

Grußwort von Bischof Wilhelm Krautwaschl

Mit „Rerum Novarum“, der Mutter aller Sozialenzykliken, hat Papst Leo XIII. 1891 nach einer tauglichen Antwort auf damals bedrängende Zeichen der Zeit gesucht und damit durchaus eine Erfolgsgeschichte der Katholischen Soziallehre begründet.

Die Kirche befindet sich seither mit ihrer Soziallehre mitten im Wandel der Gesellschaft, die von dauernder Veränderung geprägt ist.

Eine wichtige Herausforderung in struktureller Hinsicht stellt die Globalisierung dar. Die Welt ist ein Dorf, wenn Dorf als Hinweis auf Nähe gelten kann. Die Globalisierung hat uns zu Nachbarn gemacht, aber nicht unmittelbar damit verbunden auch zu Bekannten, wie Papst Benedikt XVI. betonte. Auf der einen Seite ergeben sich Chancen durch diese Globalisierung, die Öffnung auf den weltweiten Horizont bedeutet eine Eröffnung von Chancen in wirtschaftlicher Sicht gerade auch für die sogenannten Entwicklungsländer. Auf der anderen Seite bedeutet die Reduzierung der Globalisierung auf einen auf materielle Signale zurückgenommenen „Globalismus“ die Gefahr der Missachtung der Umwelt und die Aushöhlung der menschlichen Substanz, wie Papst Franziskus in seiner Enzyk-

lika „Laudato sí“ klar macht.

Im Gegensatz zur herkömmlichen Soziallehre, die den Blick auf die gesamte Welt und Menschheit richtete, obwohl sie eigentlich oft nur die Situation der westlichen Industrieländer im Blick hatte, legen neuere Ansätze der Gesellschaftslehre Wert auf die Mitberücksichtigung des Kontextes, in den hinein die Orientierungen wirken sollen und aus dem heraus sie genommen sind. Diesen Bezug auf den Kontext fordert auch Papst Franziskus immer wieder ein, wenn es um die konkrete Anwendung der Prinzipien der Soziallehre geht.

Ich erinnere auch an den Sozialhirtenbrief der österreichischen Bischöfe aus dem Jahre 1990, der u.a. drei Aufgaben der Kirche und ihrer Soziallehre in Bezug auf das Feld des Sozialen benennt:

- „Die Kirche muss die Würde und die Rechte des Menschen verteidigen“;
- „Sie muss Situationen aufzeigen, in denen die Menschenwürde verletzt wird“;
- „Sie muss dazu beitragen, dass die Würde und die Rechte des Menschen in Arbeit, Wirtschaft und Gesellschaft verwirklicht werden“, nicht zuletzt durch das eigene Beispiel.

Ich danke allen, die sich auf unterschiedlichsten Ebenen in den verschiedensten Bereichen bemühen, die Katholische Soziallehre bekannt(er) zu machen sowie ihrem Handeln zur Weiterentwicklung der Gesellschaft und zum Wohl der Menschen die Prinzipien der Soziallehre zugrunde legen.



Foto: Diözese Graz-Seckau

zur Selbsthilfe verlangt und jedem und jeder als Einzelne wie auch Organisationen auf allen Ebenen der Gesellschaft eigenverantwortliches Handeln zumutet. Das Subsidiaritätsprinzip verpflichtet aber auch übergeordnete Stellen und Ebenen zur Hilfe, wenn einzelne oder untergeordnete Instanzen überfordert sind. So wenig wie also einzig der Sozialstaat gesellschaftliche Probleme lösen kann, so wenig gelingt dies, wenn einfach nur Eigenunternehmertum gefordert wird.

Gemeinwohl, damit es wirklich allen gut geht

Schliesslich soll das Ziel nicht aus Augen verloren werden: die Sozialprinzipien zielen auf das Wohl wirklich aller Menschen!

Dieses Wohl misst sich daran, dass nicht die einen übermässig profitieren, während andere übermässig Lasten tragen müssen – auch hier ist Abwägen gefragt. Dies betrifft etwa die berühmte Frage nach der Lohnschere und der Gestaltung von Nutzen- und Lastenverteilung unter Berücksichtigung von Positionen, Privilegien und Begabungen.

Sorge für die Schöpfung – alles ist mit allem verbunden

Mit der jüngsten Sozialzyklika „Laudato si“ stellt Papst Franziskus das Prinzip der Nachhaltigkeit und die Sorge für die Schöpfung als Wegweiser zur Gestaltung von Gesellschaft und Wirtschaft ins Zentrum. Die Sorge um den Menschen und

die Sorge für die Umwelt können nicht voneinander getrennt werden. Unser nationaler Blick muss immer wieder global geöffnet werden.

Vieles hat sich seit Rerum Novarum verändert. Wir blicken auf unglaubliche gesellschaftliche und technische Entwicklungen. Die Welt ist zum Dorf geworden, die Arbeitswelt von der Fabrik zurück in die Stube gekommen. Doch geblieben ist die Notwendigkeit einer ethischen Orientierung und Sinngebung.

Thomas Wallimann-Sasaki
Thomas Wallimann-Sasaki ist Wirtschafts- und Sozialethiker und Mitarbeiter des Sozialinstituts der KAB Schweiz

Positionen

Wider dem immer wiederkehrenden Populismus

Jeden Morgen, wenn ich in einigen speziellen Tageszeitung blättere, fallen mir in erster Linie die kaum enden wollenden Sensationsmeldungen auf. Nicht nur die neuesten Verbrechen und Unfälle, sondern vor allem die vielen Berichte darüber, wie sehr wir uns in unserer Nation um unsere Sicherheit und Arbeitsplätze bangen, die Infiltrierung durch fremde Kulturen fürchten müssen - und dass wieder einmal so viele kriminelle Taten seitens „Nicht Österreicher“ geschehen sind.

Medien sind umso wirksamer, je mehr sie Angst schüren. Aber nicht nur die Medien, auch gewisse politische Strömungen gehören dazu. Sie versprechen nicht nur simple Lösungen, sondern wittern sofort die dafür verantwortlichen Sündenböcke und haben natürlich auch gleich das ihnen genehme Feindbild parat.

Populisten hat es in der Geschichte der Menschheit immer gegeben. Meist agierten sie erfolgreich, aber nur so lange, wie sie nicht in die Falle ihrer eigenen Überheblichkeit und Aggression gegen Andersdenkende gerieten.

Abgesehen davon: Populisten weiden sich nur allzu gerne an ihrer selbst geschaffenen, künstlichen Opferrolle, stellen sich als „starker Mann“ und „Lichtgestalt“ dar, der, wenn man ihn ließe, alles unter Kontrolle hält, blasen Mücken

zu Elefanten auf und stempeln gerade jene, die die Entstehung einer Krise am wenigsten zu verantworten haben (Arbeitslose, Mindestsicherungsempfänger, Ausländer, Asylwerber und Migranten), als Schmarotzer und Sündenböcke ab. Populisten suchen das Problem und nicht die Lösung.

Politiker etablierter Parteien reagieren auf Populisten oftmals leider viel zu reflexartig mit Gegenpolemik, dem Aufzählen der bereits für das eine oder andere Projekt investierten Millionen, allerdings ohne Nennung konkreter Schritte. Wäre es nicht zielführender, die Gründe zu nennen die verhindern, wie ein würdevolles Leben in Gerechtigkeit und Frieden für alle im Land Lebenden – egal mit oder ohne österreichische Staatsbürgerschaft – ermöglicht wird? Denn jeder Vertreter und Verantwortliche einer Gesellschaft hat die Pflicht, keine Mühe zu scheuen, gute und gangbare Wege aus den vielschichtigen Problematiken zu finden.

Wege aus einer Krise wurden noch nie durch große Sprüche, Beschimpfungen und Beleidigungen gefunden, sondern ausschließlich durch bodenständiges Erforschen der Wurzeln von Übeln, so unangenehm es für die eigentlichen Verursacher dieser Krisen auch war oder sein wird.

Fritz Krull



Fritz Krull
KABÖ Bundesseelsorger

Hallo liebes Redaktionsteam,

**Betrifft: Ihre Ausgabe Nr.1/April 2016
Leserbrief von Herr Josef Rauch und
die Entgegnung dazu von Herrn Philipp
Kuhlmann**

Ich muß Herrn Josef Rauch zu seinem Leserbrief total Recht geben. Es geht ihm nicht ein Loblied zu singen für den Kommunismus oder für die freie Marktwirtschaft, sondern er zeigt nur auf, was ist logisch und machbar. Dazu gehört auch das Geld. Herr Rauch sagt auch folgerichtig: man kann auf Dauer nicht mehr Geld ausgeben als was man einnimmt. Bis jetzt ist noch jeder gescheitert, welche diese

Grundregel nicht eingehalten hat, sei es in der Familie, Betrieb oder Staat. Und wer dies nicht glauben will, kann dies einmal gleich zuhause ausprobieren.

Auch die Gewerkschaft, wo ich nach wie vor Mitglied bin, hat erkennen müssen, daß es ohne Geld keine Musik gibt. Die Pleiten von Konsum, BAWAG sollen in Erinnerung sein.

Natürlich bin ich und wahrscheinlich auch Herr Rauch für die Gemeinwohlokologie, Wirtschaft in Gemeinschaft, Recht auf Arbeit. Der Arbeiter will aber am Monats-

de GELD sehen und keinen Schuldschein.

Aber um nicht lange zu herumtheoretisieren zu müssen, schlage ich vor, die Gewerkschaft soll sich einen eisenverarbeiteten Betrieb kaufen und vorzeigen wie man einen Betrieb richtig führt. Daraus könnte es ein Vorzeigeprojekt werden.

Ich bitte um eine Rückantwort von der Redaktion und wenn möglich auch von Herrn Rauch aus Vorarlberg.

Mit freundlichen Grüßen
Karl Hinteramkogler

Betrifft: Ihre Ausgabe Nr.1/April 2016
Leserbrief von Herr Josef Rauch und die
Entgegnung dazu von Herrn Philipp Kuhlmann

muß Herrn Josef Rauch zu seinem Leserbrief total Recht geben. Es geht ihm nicht ein Loblied zu singen für den Kommunismus oder für die freie Marktwirtschaft, sondern er zeigt nur auf, was ist logisch und machbar. Dazu gehört auch das Geld. Herr Rauch sagt auch folgerichtig: man kann auf Dauer nicht mehr Geld ausgeben als was man einnimmt. Bis jetzt ist noch jeder gescheitert, welche diese Grundregel nicht eingehalten hat, sei es in der Familie, Betrieb oder Staat. Und wer dies nicht glauben will, kann dies einmal gleich zuhause ausprobieren.

Logisch und machbar...

Wenn Herr Rauch aufzeigt, was „logisch und machbar“ ist, stimmt das schon. Nur bezieht sich „logisch und machbar“ auf eine ganz bestimmte Logik. Er spricht von der freien Marktwirtschaft und stellt diese Logik über die Menschenrechte. Ich habe leider von ihm keine Antwort auf das Verhältnis von Menschenrechten und Marktwirtschaft bekommen und bleibe daher weiter bei Papst Franziskus, wenn er schreibt: „Wir dürfen nicht mehr auf die blinden Kräfte und die unsichtbare Hand des Marktes vertrauen. Das Wachstum in Gerechtigkeit erfordert etwas, das mehr ist als Wirtschaftswachstum, auch wenn es dieses voraussetzt; es verlangt Entscheidungen, Programme, Mechanismen und Prozesse, die ganz spezifisch ausgerichtet sind auf eine bessere Verteilung der Einkünfte, auf die Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten...“ (EG 204).

Wenn behauptet wird, dass auf Dauer die Ausgaben die Einnahmen nicht übersteigen dürfen, so stimme ich dem gerne zu. Ich frage mich aber zugleich, warum das überhaupt erwähnt wird? Schließlich wurde das von niemandem in Frage gestellt? Ich habe mich gegen Totschlagargumente wie „wir müssen sparen“ ausgesprochen. Damit kann man jede Änderung im Keim ersticken. Ich schlag vor, im Lichte der katholischen Soziallehre zu entscheiden was wir brauchen und wollen, und dann die entsprechenden Mittel aufzustellen. Auch die Feststellung, dass arbeitende Men-

schen für ihre Arbeit entlohnt werden sollen, hat niemand in Frage gestellt.

Ein Missverständnis liegt meiner Meinung nach vor, wenn vermutet wird, dass Herr Rauch für das Recht auf Arbeit eintritt. Genau das hat er mit folgenden Worten abgelehnt: Das „Recht auf bezahlte Arbeit gegenüber dem Staat (...) ist in einer freien Marktwirtschaft nicht möglich“.

Bei den Anmerkungen Richtung Gewerkschaft kann ich vieles nicht verstehen: Warum soll sich eine Gewerkschaft gerade einen eisenverarbeitenden Betrieb kaufen? Die Gewerkschaft ist dafür da, die Interessen der Beschäftigten zu vertreten. Wenn es notwendig oder hilfreich ist, dafür Betriebe zu führen (Konsumgenossenschaften, etc.), macht es Sinn, das auch zu tun. Ich bezweifle aber sehr, ob das Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg noch notwendig war (oder nicht in einer anderen Form sinnvoller gewesen wäre) und ob man sich nicht früher von diesen Aktivitäten trennen hätte sollen? Das ist aber primär eine Sache, die die Mitglieder der Gewerkschaften zu entscheiden haben. Als KAB haben wir da keinen direkten Einfluss und sind somit nicht die richtigen Adressaten der Forderung.

Philipp Kuhlmann

Gesellschaft im Wandel

125 Jahre Katholische Soziallehre: Anmerkungen des Gewerkschafters Andreas Gjecaj

Am 15. Mai 1891 wurde in Rom die erste „Sozialzyklika“ veröffentlicht und damit von der Katholischen Kirche ein neues Kapitel im Buch der Weltgeschichte eröffnet. Damals war die ganze Welt durch die „Industrielle Revolution“ im 19. Jahrhundert aus den Fugen geraten. Statt Handwerkern und Bauern gab es Millionen von Arbeiterinnen und Arbeitern in den neuen Fabriken, die in den Slums der Vorstädte im Elend lebten. Auf diese soziale Katastrophe reagierte Papst Leo XIII. mit der ersten Sozialzyklika „Rerum Novarum – Über die neuen Dinge“ und bezog damit eindeutig Stellung für die Rechte der arbeitenden Menschen.

Heute, 125 Jahre später, scheint wieder ein dramatischer Umbruch im Gange zu sein: Durch die Globalisierung sind Wettbewerb und Märkte grenzenlos geworden. Mit der zunehmenden Digitalisierung erfahren alle Lebensbereiche eine ungeheure Beschleunigung und bisher – in dieser Intensität und Tiefe – ungekannte Veränderungen. Wie hat sich die Soziallehre der Kirche in diesen 125 Jahren entwickelt? Sind ihre Prinzipien noch praktikabel und politisch relevant?

Ein kurzer Blick auf das 20. Jahrhundert lässt die Dynamik der Entwicklungen hin zum Jahr 2000 erahnen. In der ersten Hälfte die beiden schrecklichen Weltkriege und mit dem „Holocaust“ – einer systematischen Ermordung von rund 6 Millionen Menschen – der völlige Zusammenbruch „alter Ordnungen“. Schon 1948 mit der „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte“ der Versuch, in einer neuen, modernen Welt auf den Pfad zu menschenwürdigen Lebensbedingungen für alle Menschen zu finden. Die zweite Hälfte des Jahrhunderts ist in Österreich – und der sogenannten „westlichen Welt“ – geprägt von dauerndem Fortschritt und immer schneller werdender Entwicklung. Spätestens seit der Jahrtausendwende scheinen Zukunftsforscher, die vom Ende

der Arbeit, vom Ende der Geschichte, von einer „post-modernen“ Welt sprachen, Recht zu bekommen. Erstmals scheint sich die Idee auszubreiten, eine Gesellschaft könne auch ohne Politik und Religion auskommen – also ohne jene Mächte, welche seit Jahrtausenden für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und für die Werte, nach den wir leben (wollen) prägend waren.

Als Fraktion Christlicher Gewerkschafter/innen im ÖGB stemmen wir uns gegen diese Sicht der Dinge. Aber es ist kein einfaches Unterfangen, sondern gleicht eher einem „Schwimmen gegen den Strom“, wenn wir unser Grundsatzprogramm nach den Prinzipien der Soziallehre ausrichten. Dennoch bekennt sich die FCG zur Solidarität, zur Subsidiarität und zur Menschenwürde, wie zu allen weiteren Prinzipien, weil wir uns als Gewerkschafter/innen auch verpflichtet sehen, im Kampf um die Rechte von Arbeitnehmer/innen diese unverzichtbaren Prinzipien zu vertreten – und somit unseren Mitgliedern, aber auch der Gesellschaft Orientierungen anzubieten. Das Jubiläum 125 Jahre Soziallehre ist ein Grund zum Feiern – aber mehr noch ein Auftrag, am Beginn eines neuen Jahrtausends gegen eine scheinbare „Allmacht des Marktes“ aufzutreten – und in Papst Franziskus findet sich ein wunder-



Foto: FCG/ÖGB

Andreas Gjecaj

bares Vorbild, diesen Auftrag täglich in die Tat umzusetzen.

*Andreas Gjecaj
Andreas Gjecaj ist Bundessekretär
der Fraktion Christlicher Gewerkschafter
im ÖGB*



Foto: Hannes Labner

Auf den Spuren von Wallfahrern, Mönchen und Einsiedlern

KAB-Fahrt vom 27. – 31. August 2016 in die Schweiz

Die wirkliche Entdeckungsreise besteht nicht darin, neue Landschaften zu erforschen, sondern darin, Altes mit neuen Augen zu sehen“ – diese Anmerkung des französischen Schriftstellers Marcel Proust (1871-1922) könnte auch Motto der diesjährigen Reise quer durch Österreich in die Schweiz sein, die heuer „Auf den Spuren von Wallfahrern, Mönchen und Einsiedlern“ vom 27. bis 31. August von der Pfarre Graz-Andritz mit der KAB Steiermark geplant ist. So manches auf der Fahrtroute von Graz über Innsbruck, Stams, Rankweil, Lindau, Meersburg, Konstanz, Reichenau, St. Gallen, Sachseln, mit Einsiedeln, Zürich, Appenzell, Bregenz und Ottobeuren auf der Rückfahrt mag man das eine oder andere schon einmal gesehen haben, doch in der Gemeinschaft, im Gespräch mit Anderen kann doch so Manches wieder neu entdeckt und bewertet werden.

So versteht sich auch diese August-Fahrt unter der Reisebegleitung von Pfarrer Mag. Gerhard Platzer und KAB-Diözesanvorsitzenden Hannes Labner als Einladung, in ökumenischer Gesinnung die Konzilsstadt Konstanz aufzusuchen bzw. in der Schweiz den Protestantismus helvetischer Prägung kennenzulernen. Mit dem Besuch von bedeutenden Alpen-Klöstern und Wallfahrts-Stätten kommt aber auch die katholische Glaubensstradition nicht zu kurz, wobei sich der Bogen von der frühmittelalterlichen Kultur auf der Bodensee-Insel Reichenau bis zur barocken Pracht der südbayerischen Abtei Ottobeuren spannt. Dazwischen begeben wir uns auf die Spuren des Einsiedlers und Friedens-Apostels Nikolaus von der Flüe (1417-1487) und besuchen mit Einsiedeln die bedeutendste Wallfahrts-Kirche der Eidgenossen.

Insgesamt eine Reise entlang der Alpen bei hoffentlich schönem Wetter, die auch an den Ufern des Boden-, Vierwaldstädter- und Zürich-Sees ihre Reize hat. Daher: Wenn Sie Zeit haben – kommen Sie mit! Detaillierte Programme liegen im KAB-Diözesanbüro auf, die Buchung erfolgt direkt beim Andritzer Reisebüro LOGOS, Gleispachgasse 4, 8045 Graz, Tel. 0316 / 811225 (e-mail: office@logos.co.at)

Korrektur

Wir bitten das Erscheinen eines nicht zum Artikel passenden Vorspanns im Artikel auf S. 10 in der vorigen Ausgabe von ZeitZeichen (ZeitZeichen Nr. 2/2016) zu entschuldigen. Ebenso stellen wir hiermit den Titel des Artikels richtig – richtig lautet er „Kein Ruhmesblatt für Oberösterreich“.

Impressum

Medieninhaber (Verlegerin): Kath. Arbeitnehmer – Bildungs- und Hilfswerk Österreich, 1010 Wien, Spiegelgasse 3/6 **Herausgeberin:** Katholische ArbeitnehmerInnen Bewegung Österreich, Spiegelgasse 3/2/6, 1010 Wien; 01/51552-3350 **Geschäftsführerin:** Maria Etl **Chefredakteurin:** Mag.a Elisabeth Ohnemus **Redaktionsteam:** Maria Etl, Philipp Kuhlmann **Verwaltung/Anzeigen:** Monika Schwarz **Fotos:** Titel: Harald Schottner_pixelio.de; S2 Weihbold; S4 Zinner; S6/7: Monika Schulz; S8 GPA-Djp; S9 CC BY 2.0 Olivier Ortelpa@flickr; S10/1112 Philipp Kuhlmann; S13 Erzdiözese Graz-Seckau; S16 FCG/ÖGB; S17 Hannes Labner; S18/19 Caritas Österreich **Layout:** Fabian Unterberger **Hersteller und Expedit:** Druckerei Wograndl/Mattersburg, Verlagsort Mattersburg **Bankverbindung:** Schelhammer & Schattera, BIC: BSSWATWW IBAN: AT93 1919 0000 0012 0659 kab.office@kaoe.at

Prothesen für Syrien

Solidaritätsfonds der KAB Österreich unterstützt Projekt in Damaskus

Ein Projekt, das die Katholische ArbeitnehmerInnen Bewegung Österreich aus ihrem „Solidaritätsfonds“ unterstützt, ist die im September 2015 in Kärnten gegründete Initiative „Solidarität – Jetzt“, eine Initiative für Kriegsoffer und Flüchtlinge in Syrien. Mit Spendengeldern, die im Dezember 2015 bereits mehr als 7.500 Euro betragen – darunter ein Solidarbeitrag der KABÖ in Höhe von 500,- Euro – wird in der syrischen Hauptstadt Damaskus eine orthopädische Werkstatt unterstützt. Ein Bericht des Projektmitarbeiters Alois Tuscher.



Der Leiter der Werkstatt beim Anpassen einer Prothese

Das wichtigste Ziel der Initiative „Solidarität – Jetzt!“ ist es, auf die kaum vorstellbare Situation der Menschen in Syrien und der sehr angespannten Lage in den Nachbarländern hinzuweisen und für diese Menschen, um Unterstützung zu werben. Bis heute sind die meisten syrischen Flüchtlinge im eigenen Land und fliehen vor den unmittelbaren Kampfhandlungen der verschiedensten Bürgerkriegsparteien von einem Ort zum nächsten. Die Menschen, die die Flucht ins Ausland antreten finden bis heute zum überwiegenden Teil in den überfüllten Flüchtlingslagern in den Nachbarländern, wie dem Libanon, in Jordanien und in der Türkei Schutz und le-

ben dort in einer ausgesprochen prekären Situation. Sie sind vollkommend abhängig von den Unterstützungen aus der lokalen Bevölkerung und den verschiedenen nationalen und internationalen Hilfsorganisationen. Vor allem Kinder, Frauen, ältere Menschen und die unzähligen Kriegsverletzten sind unmittelbar auf Hilfe angewiesen. Nach insgesamt fünf Jahren des Bürgerkrieges, ist die betroffene Bevölkerung in Syrien und in den Nachbarländern schon sehr gezeichnet von den Auswirkungen des Krieges. Für die Mehrheit der Flüchtlinge gibt es weder ausreichende medizinische noch humanitäre Versorgung und für viele der Kinder ist der Schulbesuch unmöglich. Die Aus-

wirkungen dieser Situation werden auch die Zukunft der Region stark prägen. Die allerwenigsten Menschen können sich die teure und auch sehr gefährliche weitere Flucht nach Europa leisten. Die Mitglieder der Initiative Solidarität – Jetzt! wollen durch ihr Engagement gerade auf diese Situation im Nahen Osten aufmerksam machen und konkrete Hilfsmöglichkeiten aufzeigen. Bestärkt durch einen persönlichen Kontakt zu Stefan Maier, Nahostkoordinator der Caritas Österreich, entschieden wir uns von der Initiative „Solidarität – Jetzt!“ im September 2015 für die letzte syrische orthopädische Werkstatt in Damaskus um Spenden zu werben. Durch die Unterstützung

der Caritas Österreich, seit 2005, wurde diese Werkstatt zur modernsten orthopädischen Werkstatt im Land. Nur aufgrund dieser bewährten Kontakte nach Damaskus und zum Nahostkoordinator der Caritas Österreich war es uns von der Initiative „Solidarität-Jetzt“ möglich, unseren Spender zu gewähren, dass die gespendeten Gelder auch ihr Ziel in Damaskus, trotz des Bürgerkrieges, erreichen.

Die Caritas Österreich, die Partnerorganisation der Initiative konnte 2015 die Werkstatt in Damaskus mit insgesamt € 100.000,- unterstützen. Mit den Spenden konnten sowohl der wesentliche Teil der Betriebskosten, die verschiedenen orthopädischen Materialien, wie auch die Löhne der orthopädischen Fachkräfte abgedeckt werden, die im Laufe des vergangenen Jahres fast schon im Akkord, die notwendigen orthopädischen Prothesen und Hilfsmittel produziert haben. Alle nach Syrien überwiesenen Spenden sind 2015, laut Stefan Maier, vor Ort korrekt verwendet worden und schenken einer Vielzahl an Kriegsversehrten wieder ein Stück Hoffnung, in der äußerst schwierigen Lage im Kriegsgebiet.

Die Caritas Österreich sah sich aber aufgrund der aktuellen Situation in Damaskus gezwungen, Ende 2015, ihre weitere Unterstützung dieser Werkstatt der Partnerorganisation „Terre des hommes“ in Syrien einzustellen.

Dies hat zur Folge, dass auch wir uns von der Initiative „Solidarität -Jetzt!“ mit Kriegsoffern und Flücht-



Eine Schiene wird ausgeschliffen

lingen den Spendenaufruf für die orthopädische Werkstatt beenden und ab Jänner 2016 nun für die Schule St. Vinzenz in Broumana im Libanon um Spenden werben. Diese Schule ist eines der Vorzeigeprojekte der Caritas Österreich im Libanon.

In dieser Privatschule, die von Ordensschwestern geleitet wird, bekommen neben rund 300 libanesischen Schülern auch rund 100 syrische Flüchtlingskinder schulische Bildung und täglich eine warme Mahlzeit. Zusätzlich finden auch 26 syrische Kinder im dazugehörigen Internat ein sicheres Zuhause. Mit den Spenden aus Österreich werden neben den Schulbetrieb und der Verbesserung

der Ausstattung in der Schule und im Internat auch eine Nachhilfelehrerin, eine Psychologin für die oft traumatisierten Kinder bezahlt, sowie ein Sportlehrer für die Freizeitgestaltung im Internat finanziert.

Alois Tuscher

Für Details zum neuen Projekt siehe auch auf unseren Blog unter <https://solidarietaetjetzt.wordpress.com>. Link zum Video über die Schule St. Vinzenz in Broumana im Libanon: <https://www.youtube.com/watch?v=xIEsCXN1JYI>



Ernst Pöschl,
Geistlicher Assistent
der KAB-Burgenland

Eine plötzliche Kolik durch Nierensteine hat mich ins Krankenhaus gebracht. Dort habe ich dann mit meinem Handy einen Termin nach dem anderen abgesagt. Ein Wort des bekannten südamerikanischen Bischofs Dom Helder Camara ist mir da in den Sinn gekommen: „Sag Ja zu den Ereignissen, die Deinem Tag, ja Deinem Leben eine andere Richtung geben, sie sind kein Zufall. Gott gibt dir damit die Möglichkeit, zu seinen Plänen Ja oder Nein zu sagen.“ In diesem Glauben habe ich mir damals die Sätze aus dem Brief des Apostels Jakobus eingepreßt. Er schreibt an die Geschäftsleute, die nach ihren Plänen handeln wollen:

Positionen

„Nun zu euch, die ihr sagt: Heute oder morgen werden wir in diese oder jene Stadt reisen. Wir wollen ein Jahr dort bleiben. Geschäfte machen und Gewinne erzielen. Ihr wisst doch gar nicht, was der nächste Tag bringen wird. Was ist denn euer Leben? Es gleicht einem Nebel, der aufsteigt und sich bald wieder auflöst.“

Meinen Sie nicht auch, dass es ganz klug ist, über den heutigen Tag und die nächste Zeit zu sagen, was Jakobus empfiehlt: „Wenn Gott will, dann werde ich das oder das tun.“

Ernst Pöschl

Buchtipp



Philipp Becher, Christian Begass und Josef Kraft
Der Aufstand des Abendlandes. AfD, PEGIDA & Co.: Vom Salon auf die Straße
PapyRossa (Neue Kleine Bibliothek)

Eine neue Bewegung macht in Deutschland von sich reden: PEGIDA. Sie läuft Sturm gegen »Überfremdung«, »Islamisierung« und »Parteienstaat«. Was in Dresden begann, hat Nachahmer andernorts gefunden. Dass die Demonstrierenden hierbei nicht immer auf öffentliche Gegenliebe stoßen, wird von ihnen als Unterdrückung abweichender Meinungen gebrandmarkt. Überdeckt werden dadurch die Sympathien, die PEGIDA seitens honorierter gesellschaftlicher und politischer Kräfte genießt, derzeit gruppiert vor allem, aber nicht nur, um die »Alternative für Deutschland«. Andererseits segeln im Windschatten von PEGIDA -Hooligans wie die von Ho-GeSa und andere Schläger. Doch auch in anderen europäischen Ländern existieren seit Jahren wirkungsmächtige Bewegungen von rechts mit Ablegern sowohl auf dem Asphalt als auch im parlamentarischen Raum. Sie

basteln an einem alternativen Gesellschaftsprojekt von rechts. Mit den aktuellen Umbrüchen in der politischen Szene in Deutschland könnte Vergleichbares nun auch hierzulande anstehen.



Bente Gießelmann, Robin Heun, Benjamin Kerst, Lenard Suermann
Handwörterbuch rechtsextremer Kampfbegriffe
Wochenschau-Verlag, Preis €24,80

Was meinen Rechtsextreme, wenn sie von Islamisierung, Geschlechtergleichschaltung oder Schuld kult sprechen? Dieses Handwörterbuch zeigt, wie die extreme Rechte mit Begriffs(um)deutungen und Wortneuschöpfungen Bausteine ihrer Weltanschauung über die Sprache zu vermitteln und zu verankern versucht. Das Buch wendet sich insbesondere an Multiplikator*innen aus Schule, Medien, Sozialarbeit und Gewerkschaft. Der Band ist Ergebnis eines Kooperationsprojekts zwischen dem Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung und dem Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus/Neonazismus an der Hochschule Düsseldorf.

Das Handwörterbuch erschließt das begriffliche Kontinuum der extremen Rechten und bietet eine Grundlage für die fundierte Auseinandersetzung.

Zum Kennenlernen bietet ZEITZEICHEN ein Schnupperabo an:

Gratis-Probeabo für 3 Ausgaben

per Post:

senden Sie Name und Bezugsadresse an:
ZeitZeichen, KABÖ,
Spiegelgasse 3/2/6, 1010 Wien

oder per E-Mail:

kab.office@kaoe.at